

Merkblatt zum Datenschutz

Die nachfolgenden Hinweise sollen Ihnen den Umgang mit Daten im Zusammenhang mit anwaltlichen Mandaten verdeutlichen und erläutern. Zu notariellen Aufträgen und Amtsgeschäften erhalten Sie ein gesondertes Merkblatt. Weiterhin gilt die Verschwiegenheitsverpflichtung des Rechtsanwalts, die auch durch das Datenschutzrecht nicht eingeschränkt wird. Auch Datenschutzbehörden haben keinen Zugriff auf die der Verschwiegenheitsverpflichtung unterliegenden Daten. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Ihren Rechtsanwalt. Die aktuelle Fassung dieses Merkblattes finden Sie auch auf unserer Webseite www.ip-berlin.de: Am Schluss der dortigen Datenschutzerklärung können Sie das Merkblatt herunterladen, ansehen und ausdrucken.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung

Rechtsanwälte Ibert & Partner, Partnerschaftsgesellschaft, eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg, PR 666 B, Bundesallee 76, 12161 Berlin, Telefon: 030-85 99 65-0; Telefax: 030-85 99 65-11, E-Mail: sekretariat@ip-berlin.de

Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten, Art und Zweck und deren Verwendung

Im Falle der Erteilung eines Mandates werden folgende Daten erhoben:

- Anrede, Titel, Vorname, Nachname, Geburtsdatum und -ort,
- (ggf.) Firma, Sitz, Handelsregisternummer, Registergericht,
- Kontaktdaten (Wohn- und/oder Geschäftsanschrift, Telefonnummer - Festnetz und/oder Mobilfunk -, E-Mail-Adresse)
- Angabe über die Berechtigung zum Vorsteuerabzug,
- weitere Informationen, die für die Verfolgung Ihrer Ziele, zur Geltendmachung oder Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind oder hilfreich sein können. So werden Sie je nach Gegenstand der Tätigkeit auch Angaben zum Familienstand, zu Verwandtschaftsverhältnissen, zum Güterstand, zu Vertretungsverhältnissen, zu steuerlichen oder behördlichen Identifikationsnummern oder -kennzeichen und zum Bestehen und zum Inhalt von rechtsgeschäftlichen Vereinbarungen und Beziehungen, eventuell auch zu Vermögensverhältnissen und zu Ihrem Gesundheitszustand machen.

Die Daten stammen von Ihnen oder von Ihnen beauftragten Personen (z.B. Steuerberater) oder aus öffentlichen Registern (z.B. Handelsregister) oder Verzeichnissen.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie identifizieren zu können,
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können,
- zur Korrespondenz mit Ihnen,
- zur Rechnungsstellung
- zur Abwicklung von Haftungsansprüchen und zur Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie,
- um Sie über Rechtsfragen und aktuelle Entwicklungen - generell oder im Einzelfall - informieren zu können.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage und ist zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO) und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Vertrag mit Ihnen - mit nachfolgenden Ausnahmen - erforderlich.

Zusätzlich bitten wir Sie um Angaben zu Ihrer

- Bankverbindung und
- Rechtsschutzversicherung (sofern Sie sie in Anspruch nehmen wollen).

Diese freiwilligen Angaben sind für die Erfüllung von Pflichten aus dem Mandatsverhältnis nicht erforderlich, oft aber hilfreich, um

- Fremdgelder an Sie auszukehren,
- Fragen zur Eintrittspflicht einer Rechtsschutzversicherung zu klären und direkt abrechnen zu können,

Insoweit erfolgt eine Speicherung und Nutzung nur auf Grund Ihrer Einwilligung, die Sie nicht geben müssen und die Sie auch nach Erteilung jederzeit frei widerrufen können. Einzelheiten dazu finden Sie unten unter „Betroffenenrechte“.

Auch eine Nutzung der Daten zur Kontaktaufnahme außerhalb eines Mandatsverhältnisses erfolgt nur auf der Grundlage einer von Ihnen erteilten und frei widerruflichen Einwilligung. Einer Nutzung zu diesem Zweck können Sie jederzeit widersprechen.

Dauer der Speicherung

Die für die Mandatierung erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht (für Rechtsanwälte derzeit 6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde; gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von gesetzlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (z. B. aus dem Handelsgesetzbuch, dem Strafgesetzbuch oder aus Steuergesetzen) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben. Wir haben Sie bei Mandatserteilung gebeten, einer Speicherung bis zum Ablauf von zehn Jahren nach Ende des Jahres, in dem das Mandat endet, zuzustimmen. Auch wenn Sie das getan haben, ist diese Einwilligung jederzeit frei widerruflich.

Weitergabe von Daten an Dritte

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b, c oder e DSGVO für die Abwicklung eines Mandats erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensbeteiligte und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte), an Gerichte, Finanzämter, andere Behörden, andere Stellen und andere von dem Rechtsvorgang Betroffene zum Zwecke der Korrespondenz, in Erfüllung rechtlicher Pflichten, zur Verfolgung Ihrer Ziele und zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von den Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Eine Übermittlung persönlicher Daten an Dritte zu anderen als den genannten Zwecken findet ohne Ihre Zustimmung nicht statt.

Das Anwaltsgeheimnis und die Verschwiegenheitsverpflichtung bleiben unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die einer beruflichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

Im Rahmen der Standesaufsicht sind wir unter Umständen auch zur Erteilung von Auskünften an die Rechtsanwaltskammer verpflichtet, die wiederum einer amtlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegt.

Eine Übermittlung persönlicher Daten an Dritte zu anderen als den genannten Zwecken findet ohne Ihre Zustimmung nicht statt.

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten in Drittländer (Länder außerhalb der europäischen Union) erfolgt nur auf besonderen Antrag von Ihnen oder wenn und soweit ein am Rechtsvorgang Beteiligter in einem Drittland ansässig ist.

Internetnutzung und Webangebot

Wenn Sie unsere Webseite aufrufen, werden bestimmte Zugriffsdaten gespeichert, die allerdings von uns nur für statistische Auswertungen zum Zweck des Betriebs, der Sicherheit und der Optimierung des Angebotes genutzt werden. Wir behalten uns jedoch vor, die Protokoll Daten nachträglich zu überprüfen, wenn aufgrund konkreter Anhaltspunkte der berechnete Verdacht einer rechtswidrigen Nutzung besteht. Sofern Sie die Webseite über eine Verknüpfung (Link) in einer Google Adwords-Anzeige aufrufen oder wenn Sie besondere Services auf der Webseite nutzen, werden weitere Daten in dem in der Datenschutzerklärung zur Webseite geschilderten Umfang gespeichert, verarbeitet und an Dritte weitergegeben.

Die Einzelheiten entnehmen Sie bitte der Datenschutzerklärung zur Webseite.

Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen. Eine Verarbeitung und Speicherung, die auf gesetzlicher Grundlage beruht, ist vom Widerruf einer Einwilligung jedoch nicht berührt;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, und über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, sofern ein gesetzlich vorgesehener Grund zur Löschung vorliegt und die Verarbeitung Ihrer Daten nicht zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung oder aus anderen vorrangigen Gründen im Sinne der DSGVO (z.B. zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen) erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden, nämlich die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstraße 219, 10969 Berlin, Telefon: 030 13889-0, Telefax: 030 215050, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

Zur Geltendmachung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte schriftlich an unsere Kanzleiinschrift oder per E-Mail an uns.

Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Zur Geltendmachung des Widerspruchsrechts gilt das soeben für die Geltendmachung anderer Betroffenenrechte Gesagte entsprechend.